



Herr Ulrich Hölken  
Herr Michael Jathe  
Herr André Leson  
Frau Nicole Overbeck  
Herr Jakob Schmid  
Frau Nadine Steinberg

**Schriftführerin**

Frau Simone Ikemann

**Es fehlten entschuldigt**

**Teilnehmende**

Herr Benedikt Diekhans  
Herr Uli Schwieder  
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert

Vertretung durch Frau Silvia Brede  
Vertretung durch Herrn Dirk Leifeld

# Inhaltsverzeichnis

<b>Öffentliche Sitzung</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Einwohnerfragestunde</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Betriebsabrechnungen 2021 sowie Gebührenkalkulationen 2023</b>	<b>4</b>
<b>2.1.</b>	<b>Gebührenkalkulation 2023 für die Abfallentsorgung und Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Oelde</b> B 2022/600/5361	<b>5</b>
<b>2.2.</b>	<b>Gebührenkalkulation 2023 für die Straßenreinigung und Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Oelde</b> B 2022/600/5353	<b>6</b>
<b>2.3.</b>	<b>Gebührenkalkulation 2023 für die Stadtentwässerung und Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung für die Stadtentwässerung der Stadt Oelde</b> B 2022/600/5360	<b>6</b>
<b>2.4.</b>	<b>Gebührenkalkulation 2023 für die Gewässerunterhaltungsgebühr und Änderung der Satzung der Stadt Oelde zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW</b> B 2022/600/5354	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Änderung der Gebührensatzung für den Kommunalfriedhof der Stadt Oelde, Ortsteil Lette</b> B 2022/600/5355	<b>7</b>
<b>4.</b>	<b>Initiative zur Schaffung von sozialem Wohnraum in Oelde</b> B 2022/230/5373	<b>7</b>
<b>5.</b>	<b>2. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2023</b> B 2022/200/5313/2	<b>12</b>
<b>6.</b>	<b>Maßnahmenfreigaben</b>	<b>18</b>
<b>7.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>18</b>
<b>7.1.</b>	<b>Mitteilungen der Verwaltung</b>	<b>18</b>
<b>7.2.</b>	<b>Anfragen an die Verwaltung</b>	<b>18</b>

Zu Beginn der Sitzung begrüßt Herr Siebert die Mitglieder des Finanzausschusses und Ausschuss für Wirtschaftsförderung, die anwesenden Gäste und Mitarbeiter\*innen der Verwaltung sowie Herr Hahn von der Tageszeitung „Die Glocke“.

Herr Siebert stellt fest, dass der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung form- und fristgerecht eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Frau Brede als neues Mitglied im Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung stellt sich kurz vor.

Daraufhin eröffnet Herr Siebert die Sitzung.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1. Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung nimmt Kenntnis.

### **2. Betriebsabrechnungen 2021 sowie Gebührenkalkulationen 2023**

Frau Overbeck erläutert die Gründe für die Gebührenveränderungen aufgrund der Gebührenkalkulationen 2023:

Der Übersicht der Gebührevorschläge sei zu entnehmen, dass die Verwaltung Gebührenveränderungen in den Bereichen Abfallentsorgung, Kleinkläranlage und abflusslose Gruben, Gewässerunterhaltung sowie der Straßenreinigung und Winterdienst vorschlägt.

Im Bereich der Stadtentwässerung ergebe sich keine Gebührenveränderung, da sich aufgrund des Urteils des OVG vom 17.05.2022 und die damit einhergehende Gesetzesänderung des § 6 KAG NRW zwar eine Reduzierung der kalkulatorischen Zinsen ergebe. Aber dieser Reduzierung stehen erhöhte Kosten unter anderem aufgrund der steigenden Personalkosten und inflationsbedingt gestiegene Unterhaltungskosten gegenüber.

In Bezug auf den Bereich des Rettungsdienstes können die Kostensteigerungen aufgrund steigender Personalkosten und Energiekosten durch den Anstieg der Einsatzzahlen und die damit verbundenen Mehrerträge ausgeglichen werden.

Insgesamt erhöhe sich durch die Gebührenveränderungen die Kostenbelastung der Familie Mustermann um 51,94 EUR auf 515,43 EUR.

Ursache für die gestiegenen Gebühren im Bereich der Abfallentsorgungen seien vor allem

Kostensteigerungen im Bereich der Entgelte der AWG aufgrund der aktuell inflationär steigenden Energiekosten und gestiegenen Personalkosten. Frau Overbeck weist darauf hin, dass etliche Kommunen im Kreis Warendorf von diesen Kostensteigerungen betroffen seien und die Stadt Oelde im Vergleich zu den Nachbarkommunen hier im Mittelfeld läge.

Im Bereich der Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben führen Kostensteigerungen und Unterdeckung aus dem Vorjahr zu einer Gebührensteigerung.

Ursache für die Gebührensteigerung der Gewässerunterhaltung sind vor allem Unterdeckungen aus Vorjahren von rund 4.300 EUR.

Aufgrund der Kostensteigerungen im Bereich der Unternehmerentgelte komme es zu Gebührensteigerung bzgl. der Straßenreinigung und dem Winterdienst. Die Winterdienstgebühren werden alle 3 Jahre neu kalkuliert, sodass jeweils die durchschnittlichen Kosten der letzten 3 Jahre in die Kalkulation eingeflossen seien. Detaillierte Ausführungen zu den Betriebsabrechnungen 2021 und den Kalkulationen 2023 können dem Gebührenheft entnommen werden (Anlage zum Tagesordnungspunkt 2).

Herr Austrup möchte ergänzend wissen, worauf die Gebührensteigerung bei der Gewässerunterhaltung zurückzuführen sei.

Frau Overbeck teilt hierzu mit, dass die Hauptursache die Unterdeckungen aus den Vorjahren sei, welche nach § 6 KAG NRW innerhalb von 4 Jahren berücksichtigt werden sollen.

Frau Steinberg ergänzt hierzu, dass die Kosten der Überfliegung der Grundstücke anteilig berücksichtigt wurden.

### **2.1. Gebührenkalkulation 2023 für die Abfallentsorgung und Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Oelde**

B 2022/600/5361

#### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig die folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt die als Anlage zur Vorlage beigefügte 21. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Oelde.

### **2.2. Gebührenkalkulation 2023 für die Straßenreinigung und Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Oelde**

B 2022/600/5353

#### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt

Oelde einstimmig die folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt die als Anlage zur Vorlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Oelde.

### **2.3. Gebührenkalkulation 2023 für die Stadtentwässerung und Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung für die Stadtentwässerung der Stadt Oelde**

B 2022/600/5360

#### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig die folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt die als Anlage zur Vorlage beigefügte 15. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung für die Stadtentwässerung der Stadt Oelde.

### **2.4. Gebührenkalkulation 2023 für die Gewässerunterhaltungsgebühr und Änderung der Satzung der Stadt Oelde zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW**

B 2022/600/5354

#### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig die folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt die als Anlage zur Vorlage beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Oelde zur Umlage der Kosten der Gewässerunterhaltung gemäß § 64 LWG NRW.

### **3. Änderung der Gebührensatzung für den Kommunalfriedhof der Stadt Oelde, Ortsteil Lette**

B 2022/600/5355

Herr Jathe erläutert kurz den Sachverhalt dieses Tagesordnungspunktes.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet Herr Siebert um Abstimmung.

#### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt die als Anlage zur Vorlage beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für den Kommunalfriedhof der Stadt Oelde, Ortsteil Lette.

#### **4. Initiative zur Schaffung von sozialem Wohnraum in Oelde** B 2022/230/5373

Herr Siebert teilt mit, dass zunächst Herr Jathe in den Tagesordnungspunkt einführen wird. Im Anschluss sollen die Fraktionsvorsitzenden ihre Anträge kurz erläutern.

Herr Jathe führt wie folgt in den Tagesordnungspunkt ein:

Den gleich zu erörternden Anträgen sei zu entnehmen, dass alle Fraktionen uneingeschränkt die Notwendigkeit sehen, in der Stadt Oelde das Angebot bezahlbaren Wohnraums im Mietwohnungsbau, vor allem im Segment des sozialen Wohnungsbaus, als drängende Herausforderung dieser Zeit kurzfristig zu verbessern. Diese Zielsetzung unterstütze auch die Bürgermeisterin uneingeschränkt und habe dies auch bereits in ihrer Haushaltsrede herausgestellt.

Die zu beratenden Anträge verfolgen zwar übereinstimmend das Ziel der Schaffung neuen Mietwohnungsraums im unteren bis mittleren Preissegment, jedoch mit unterschiedlichen Akteuren und Handlungsansätzen und unterschiedlichen politischen Vorgaben.

Vor der Vorstellung und politischen Erörterung der Anträge teilt Herr Jathe einen allgemeinen Hinweis zur Geschäftsordnung und der sich daraus ergebenden Vorgehensweise mit. Üblicherweise sei über thematisch eng zusammenhängende Anträge so abzustimmen, dass zunächst der weitestgehende Antrag zur Entscheidung gestellt werde, sodass ggf. nachfolgende Anträge, anschließend nicht mehr zur Abstimmung gelangen.

Bei den vorliegenden Anträgen sehe die Verwaltung nach hausinterner Abstimmung jedoch beide Anträge als vollumfänglich separat beratungs- und abstimmungsfähig an, weil kein vorrangig zu beschließender, weitergehender Antrag im Sinne der Geschäftsordnung vorläge. Beide Anträge, auch soweit sie das Ziel der Verbesserung des Mietwohnungsangebotes in unserer Stadt verfolgen, haben eine deutlich unterschiedliche Ausrichtung und Herangehensweise, sodass eine eindeutige Beurteilung welcher Antrag weitergehend sei, nach Verwaltungsansicht ausscheide.

- a) Der Antrag der CDU- und FDP-Fraktion sehe sehr konkrete Vorgehensschritte zur Intensivierung sozialer Wohnbauvorhaben durch den Bauverein Oelde vor, bei der die Stadt Oelde Mitgesellschafterin ist.
- b) Antrag A 4 der übrigen Fraktionen ziele ebenfalls auf die Intensivierung der Umsetzung sozialer Wohnbauvorhaben durch den Bauverein ab, sei aber ergebnisoffener hinsichtlich der dazu einzuschlagenden Wege und Maßnahmen. Hinsichtlich dieses Teilaspektes wäre der CDU/FDP-Antrag konkreter hinsichtlich der Herangehensweise.
- c) Bezüglich der übrigen Schritte zur konzeptionellen wie auch zur sofortigen Ausweitung des Mietwohnungsangebotes in Oelde sei der Antrag der SPD-Fraktion, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FWG-Fraktion detaillierter.

Beide Anträge sind daher unabhängig voneinander abstimmungsfähig, auch wenn es durchaus möglich wäre, den Punkt A4 aus dem Antrag der SPD-Fraktion, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FWG-Fraktion auszusondern und gemeinsam als Antrag aller Fraktionen in dem anderen Antrag aufgehen zu lassen und darüber abstimmen zu lassen.

Sofern politisch nicht anderes abgestimmt werden sollte, gelte für die Beratung und Abstimmung der allgemeine Verwaltungsgrundsatz, dass der zuerst eingegangene Antrag dann auch zuerst beraten und zur Abstimmung zu stellen wäre.

Herr Drinkuth stellt den gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion vor. Er macht deutlich, dass ein dringender Handlungsbedarf bzgl. der Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus bestehe. Man wolle in diesem Zusammenhang an eine Zusammenarbeit mit dem Bauverein festhalten. Allerdings müsse mehr für den sozialen Wohnungsbau getan werden. Hierzu solle die Verwaltung auch Gespräche mit den anderen Anteilseignern suchen, um die Wichtigkeit des Themas deutlich zu machen.

Herr Rodriguez stellt den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FWG-Fraktion vor. Er macht deutlich, dass dieses Thema in der Vergangenheit „verschlafen“ worden sei. Aus diesem Grund werde der im Antrag dargestellte 3-Stufen-Plan als richtiger Weg angesehen und vorgeschlagen. Hintergrund der Anträge B) und C) sei, dass ein klares Projekt benannt werden solle, welches ohne den Bauverein umsetzbar sei. Bezüglich dem Neubau einer Kindertagesstätte sei es wichtig, dass eine Kopplung zum Wohnungsbau stattfinden solle, sodass diese in Eigenregie gebaut werden solle.

Herr Zurbrüggen teilt mit, dass seine Fraktion zum Thema sozialer Wohnungsbau immer einer privaten Initiative den Vortritt vor einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft geben werde.

Herr Drinkuth möchte wissen, ob das Bauvorhaben, welches unter B) des gemeinsamen Antrags der SPD-Fraktion, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FWG-Fraktion tatsächlich in 2023 realisiert werden solle oder zunächst Planungskosten hierzu eingeplant werden sollen. Außerdem ist er der Meinung, dass der Teil C) des Antrages ein neuer Weg sei, über den zunächst im Fachausschuss zu diskutieren sei. Außerdem sei die Standortentscheidung ebenfalls noch offen.

Herr Rodriguez antwortet, dass der Bau eines Mehrfamilienhauses (Teil B des Antrags) spätestens in 2025 fertiggestellt werden solle und in 2023 zunächst Planungskosten eingeplant werden sollen. Zum Teil C des Antrags teilt er mit, dass die Kindertageseinrichtung in einem städtischen Gebäude realisiert werden und kein Investor eingeschaltet werden solle.

Herr Jathe gibt zu bedenken, dass bei der Nutzung eines Mietobjekts als Kita unter Umständen eine 50 %-ige Förderung möglich wäre, die allerdings bei der Nutzung eines städtischen Gebäudes in jedem Falle entfallen würde. Bezüglich der haushaltsrechtlichen Betrachtung seien die Anträge B) und C) an § 13 KomHVO und § 79 GO zu bemessen. § 13 KomHVO lautet:

**Abs. 1:**

Bevor Investitionen [...] im Haushaltsplan ausgewiesen werden, soll unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich die für die Kommune wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden.

**Abs. 2:**

Ermächtigungen für Baumaßnahmen dürfen im Finanzplan erst veranschlagt werden, wenn Baupläne, Kostenberechnungen und Erläuterungen vorliegen, aus denen Art der Ausführung der Maßnahmen und die Gesamtkosten, abhängig von Grunderwerb, Herstellungskosten und Ausstattungskosten [...] ersichtlich sind.

Aus dem Zusammenspiel dieser Norm mit § 79 der Gemeindeordnung ergebe sich, dass die Veranschlagung reiner „Merkposten zur Dokumentation und Vorwegbindung politischer



Umsetzungsabsichten“ im Haushaltsplan nicht statthaft sei. Die Planungsabsichten müssen zumindest in den Grundzügen konkret bekannt, erörtert und die unterschiedlichen Folgewirkungen ermittelt sein. All dies sei hier weder hinsichtlich der Anträge zu B noch zu C zu bejahen.

- Es fehle insbesondere die Festlegung geeigneter Standorte, die Festlegung zur Größe der vorgesehenen Bauprojekte (Anzahl der zu errichtenden Wohneinheiten) sowie jegliche Planung, Ausführungs- und Kostenschätzung.
- Daraus folgend sei damit auch jegliche verlässliche Kostenabschätzung – auch nur in den Grundzügen – der Verwaltung nicht möglich.

Die Verwaltung bittet daher die Entscheidungsfindungen zu B und C zurückzustellen, da sie andernfalls haushaltsrechtlich so nicht umsetzbar seien:

- Antrag B kann 2023 selbst bei positiver Beschlussfassung mit den vorhandenen Personalkapazitäten im Gebäudemanagement nicht umgesetzt werden.
- Antrag C ist schwerpunktmäßig kein Haushaltsantrag, sondern vorrangig ein inhaltlich gestaltender Antrag, der unmittelbar Auswirkungen auf die außerhalb des Themenbereichs „soziales Wohnraumangebot“ liegende Entscheidungsfindung zum geplanten Kindergartenersatzbau hätte. Für diese Beratung/Entscheidung wäre der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung der sachlich unzuständige Ausschuss, da mit einer Entscheidung im Sinne des Antrags auch Teilberatungen zur Standortfindung im eigentlich zuständigen Planungsausschuss vorweggenommen würden. Denn mit einer Entscheidung ergeben sich durch die Kombination „Kita und Wohnnutzung in einem Baukörper“ und präjudizierende Vorwegwirkungen für die derzeit noch offene Standortfindung durch andere Anforderungen an benötigte Grund- und Geschossfläche und gleichzeitig deutliche Erschwernisse hinsichtlich des aus wirtschaftlichen Gründen seitens der Stadt präferierten Baus durch einen privaten Investor. Der Planungsausschuss hatte seine Entscheidungsfindung bisher jedoch zurückgestellt. Eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt würde die spätere freie Standortfindung und Realisierbarkeitsoptionen deutlich einschränken. Daher werde zum jetzigen Zeitpunkt angeregt, diese Beschlussfassung in den sachlich zuständigen Planungsausschuss zu verweisen und dies gemeinsam mit der bisher zurückgestellten Standortfindung des Kita-Ersatzneubaus zu beraten.

Da bisher weder die Standortfrage, noch der baurechtlich mögliche und zulässige Rahmen, noch die Frage, ob der Ersatz-Kitabau im Investorenmodell oder durch die Stadt selbst durchgeführt werden solle, abschließend geprüft, abgewogen und geklärt sei, wäre jegliche Haushaltsveranschlagung derzeit nur eine fachlich und planerisch nicht qualifizierbare und nicht quantifizierbare „Merkposition“, was haushaltsrechtlich zu beanstanden sei. Eine Veranschlagung erfolge erst dann, wenn die Planungen und politischen Entscheidungsfindungen zumindest soweit konkretisiert seien, dass die entscheidenden Rahmeneckpunkte (*essentialia negotii*) wie Lage, Standort, Umfang, etc. bestimmt wurden.

Hinzu komme, dass die vorhandenen Personalkapazitäten im Gebäudemanagement derzeit selbst im Falle positiver Beschlussfassung für 2023 keinerlei Planungskapazitäten beinhalte und auch keinerlei Hochbau-Ingenieurkapazitäten zur Baukonzeptentwicklung. Die Veranschlagung benötigter finanzieller Mittel, insbesondere der Baukosten, könne daher noch rechtzeitig im Rahmen der Haushaltsplanung 2024 erfolgen. Planungskosten können ggf. unterjährig überplanmäßig bereitgestellt werden, wenn die Eckpunkte des gewünschten Handelns erörtert, abgewogen und mehrheitlich entschieden seien.

Herr Schmid teilt mit, dass inzwischen Erstgespräche mit einem anderen Anteilseigner des Bauvereins geführt worden seien. Hier gab es eine grundsätzliche Zustimmung dazu, dass der soziale Wohnungsbau voranzutreiben sei, vor allem mit Blick auf die Unterbringung der

eigenen Mitarbeiter\*innen. Allerdings sei es wichtig, dass das Vorgehen wirtschaftlich sinnvoll sei.

Zu A) des Antrages erklärt Herr Schmid, dass man es als Prüfauftrag sehe. Allerdings bedürfe vor allem der Teil A5) ausreichend Personal- und Kapitalkapazitäten.

Des Weiteren stellt Herr Schmid klar, dass die vorgesehene Stelle im Bereich der Liegenschaften vor allem für koordinierende Tätigkeiten zum sozialen Wohnungsbau zuständig sei.

Herr Jathe schlägt vor, bezüglich des gemeinsamen Antrages der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FWG-Fraktion lediglich über den Teil A) abzustimmen und die Teile B) und C) an den jeweiligen Fachausschuss zu verweisen.

Herr Leson stellt klar, dass es dringend notwendig sei zum Thema sozialer Wohnungsbau aktiv zu werden. Er ist ebenfalls der Meinung, dass die Teilanträge B) und C) im Fachausschuss zu diskutieren seien. Konkrete Planungskosten zu beziffern sei schwierig. Eine vage Einschätzung wären ca. 20 % der Investitionskosten als Planungskosten.

Frau Köß teilt mit, dass es enttäuschend sei, dass die Verwaltung erst in der Sitzung Stellung zum Antrag beziehe. Somit sei eine Diskussion erschwert worden. Sie macht ebenfalls deutlich, dass das Thema sozialer Wohnungsbau in der Vergangenheit, trotz des mehrfachen Antrags zur Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, vernachlässigt wurde und dringender Handlungsbedarf bestehe. Vor allem müsse dringend bis 2025 ein Mehrfamilienhaus fertiggestellt werden. Kapazitäten hierfür müssten sich aus der Verschiebung des Baus einer neuen Volkshochschule ergeben.

Herr Retzlaff erklärt, dass es Priorität 1 sein müsse, weiter mit dem Bauverein zusammenzuarbeiten. Hierzu müsse sich die Kommunikation zwischen Stadtverwaltung und Bauverein verbessern. Außerdem sei es wichtig, den sozialen Wohnungsbau weiter voranzutreiben.

Herr Combrink teilt hierzu mit, dass auch die Verwaltung die Dringlichkeit zum Vorantreiben des sozialen Wohnungsbaus sehe. In der Vergangenheit seien auch unabhängig vom Bauverein Projekte zum sozialen Wohnungsbaus mit anderen Investoren durchgeführt worden.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen (18.40 Uhr bis 18.50 Uhr).

Herr Rodriguez teilt folgende Änderung des gemeinsamen Antrags der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FWG-Fraktion mit:

- Für die Teilanträge B) und C) sollen zunächst Planungskosten eingestellt werden und jeweils an den Fachausschuss verwiesen werden.
- Zunächst solle über den Teil A4) separat abgestimmt werden und im Anschluss über den Rest des Antragsteils A).

Herr Jathe hält die Berücksichtigung von Planungskosten für möglich und schlägt vor, für den Teilantrag B) 100.000 EUR und für den Teilantrag C) 50.000 EUR mit dem jeweiligen Verweis an den Fachausschuss einzustellen.

Herr Drinkuth teilt mit, dass man den gemeinsamen Antrag mit der FDP-Fraktion weiterhin aufrecht halten möchte. Es sei weiterhin die erste Priorität, die Zusammenarbeit mit dem Bauverein zu verbessern und auszuweiten.

Nach kontroverser Diskussion über das Abstimmungsverfahren teilt Herr Westerwalbesloh

mit, dass nun doch über den Teilantrag A) insgesamt abgestimmt werden solle und nicht über A4) separat.

Daraufhin bittet Herr Siebert entsprechend um Abstimmung.

## **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich mit 7 Ja- und 11 Gegenstimmen, den gemeinsamen Antrag der CDU- und FDP-Fraktion abzulehnen.

Zu dem gemeinsamen Antrag der SPD-, FWG-Fraktion und Fraktion B90/Die Grünen empfiehlt der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung dem Rat der Stadt Oelde:

- mehrheitlich mit 11 Ja- und 5 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen dem Antragsteil A) zuzustimmen.
- mehrheitlich mit 11 Ja- und 7 Nein-Stimmen für die Erweiterung des Angebots im sozialen Wohnungsbau (Antragsteil B) Planungskosten i. H. v. 100.000 € mit dem Sperrvermerk „Freigabe der Mittel durch den Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung“ im Haushalt 2023 einzustellen.
- mehrheitlich mit 11 Ja- und 7 Nein-Stimmen für die Planung eines Ersatzstandortes für die Kita „Die Langstrümpfe“ (Antragsteil C) Planungskosten i. H. v. 50.000 € mit dem Sperrvermerk „Freigabe nach politischer Standortentscheidung“ im Haushalt 2023 einzustellen.

## **5. 2. Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2023** B 2022/200/5313/2

Frau Steinberg erläutert anhand der PowerPoint-Präsentation die Änderung aufgrund der Gebührenkalkulation 2023, der Orientierungsdaten sowie die Auswirkung des Gesetzentwurfs NKF-CUIG.

Im Vorfeld der Abstimmung über die Gesamtänderungsliste wird festgestellt, dass der Antrag von Herrn Bovekamp und die Einzelanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Liste fehlen. Über diese Anträge wird nach der Gesamtänderungsliste abgestimmt.

*Anmerkung zur Niederschrift:*

*Im Nachfolgenden werden lediglich einzelne Haushaltspositionen und die Beschlüsse protokolliert, zu denen es entsprechende Wortmeldung gab. Die Beschlüsse zu den Anträgen aller Fraktionen (einschl. der zur Sitzung fehlenden Anträge) und Änderungen der Verwaltung wurden in der Änderungsliste ergänzt. Die Änderungsliste inklusive der Beschlüsse ist Bestandteil dieser Niederschrift.*

01.08.01.5293001 Beratungsleistungen, hier: Antrag der FWG-Fraktion „Forcierung der Digitalisierung der Stadtverwaltung“

Herr Drinkuth gibt zu diesem Antrag zu bedenken, dass die Verwaltung bereits in der Vergangenheit ein Gutachten bzgl. der Digitalisierung der Verwaltung erstellt habe.

Herr Retzlaff macht deutlich, dass hierbei nicht ein Gutachten im Vordergrund stehe, sondern die Digitalisierung weiter vorangetrieben werden solle.

Herr Westerwalbesloh teilt hierzu mit, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde. Es sei wichtig, dass zunächst ein Digitalisierungskonzept erstellt werde.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 11 Enthaltung sowie 5 Ja-Stimmen den Antrag der FWG-Fraktion abzulehnen.

#### 09.01.03.5318010 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche, hier: Förderprogramm Balkon-Solarmodule

Herr Drinkuth schlägt vor, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und seine Fraktion sich auf einen gemeinsamen Antrag in Höhe von 35.000 EUR einigen und zur Abstimmung geben.

Frau Köß stimmt dem Vorschlag von Herr Drinkuth zu.

Herr Leson verweist auf die Antwort der Verwaltung und gibt zu bedenken, dass mehr als 100 Anträge aktuell weder von der Klimaschutzmanagerin noch von den Stadtwerke Ostmünsterland abgearbeitet werden können.

Frau Köß fragt an, ob mehr Anträge abgearbeitet werden können, wenn eine externe Vergabe erfolge.

Herr Leson teilt hierzu mit, dass es von Seiten der Stadtverwaltung vermutlich möglich sei, aber auf Seiten der Stadtwerke Ostmünsterland eine externe Vergabe nicht möglich sei.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 14 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über die Erhöhung des Ansatzes um 25.000 EUR zuzustimmen.

#### 12.01.01.5293001 Beratungsleistung, hier: Antrag der FWG-Fraktion „Möglichkeiten der Installation von PV-Anlagen im Bereich von Parkplätzen

Frau Köß teilt mit, dass der Antrag grundsätzlich positiv zu sehen sei, allerdings sollte die Priorität zunächst bei den Dachsolaranlagen liegen.

Herr Drinkuth stimmt der Aussage von Frau Köß zu.

Herr Leson verweist hierzu auf die Antwort der Verwaltung.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 15 Nein-Stimme und 2 Ja-Stimmen sowie 1 Enthaltung den Antrag der FWG-Fraktion abzulehnen.

#### 01.08.01/0187.7831001 Anschaffung neuer Tische für den Ratssaal

Die FWG-Fraktion ändert ihren Antrag dahingehend, dass der Ansatz für 2023 auf 5.000 EUR reduziert und 95.000 EUR nach 2024 geschoben werden soll.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 17 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme dem geänderten Antrag der FWG-Fraktion zuzustimmen.

#### 01.08.01/0213.7831001 Beschaffung eines Otto-Kraftstoff betriebenen Bullis

Herr Schmid macht deutlich, dass ein Bulli mit E-Antrieb für den Einsatzbereich im Ordnungswesen gerade in einer Notlage nicht geeignet sei.

Herr Reckmann erkundigt sich, was mit einer Notlage bspw. gemeint sei.

Herr Schmid führt hierzu beispielhaft eine Energiemangellage mit einem großflächigen Stromausfall auf.

Herr Jathe weist in diesem Zusammenhang auf die Vorgaben in der Schweiz hin, wonach im Rahmen einer Energiemangellage bspw. ein Elektroauto nicht geladen werden dürfe.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 14 Nein-Stimmen und 4 Ja-Stimmen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

#### 01.10.01/2064.7851001 Erweiterung Stadtbücherei (Projekt Nr. 34 aus Masterplan)

Frau Köß erkundigt sich, welchen Hintergrund der Antrag der FDP-Fraktion habe und ob es um die Nachnutzung des Overbergareals gehe.

Herr Zurbrüggen antwortet hierzu, dass der Antrag keinen Beschluss bezüglich der Nachnutzung des Overbergareals beinhalte.

Herr Rodriguez teilt mit, dass der Antrag der FDP-Fraktion sinnvoll sei und die SPD-Fraktion ihren ursprünglichen Antrag zurückziehe.

Herr Drinkuth stimmt den Antrag der FDP-Fraktion zu und teilt seine Unterstützung für den Antrag mit.

Herr Leson macht deutlich, dass bei Zustimmung zum Antrag der FDP-Fraktion die Fördermittel aus dem Masterplan möglicherweise nicht mehr zum Tragen kämen.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 15 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung dem Antrag der FDP-Fraktion zuzustimmen.

#### 11.01.02/5102.7852001 Erschließung eines Neubaugebiet in Stromberg

Herr Drinkuth teilt mit, dass seine Fraktion beide Anträge zu diesem Thema ablehnen werde, da die Ortsteile bezüglich der Planung von Neubaugebieten eine verlässliche Planung benötigen.

Herr Zurbrüggen stellt klar, dass der Antrag nicht den Hintergrund habe die Ortsteile bezüglich der Planung von Neubaugebieten zu vernachlässigen, sondern die aktuellen Entwicklungen im Bausektor der Grund für den Antrag sei.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 13 Nein-Stimmen und 4 Ja-Stimmen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 13 Nein-Stimmen und 5 Ja-Stimmen den Antrag der FDP-Fraktion abzulehnen.

### 14.01.01/9999.7831001 Auszahlung für den Erwerb von Vermögensgegenstände des Anlagevermögens > Wertgrenze von 800 EUR, hier: Öffentliche Wasserspenderprojekt im Innenstadtbereich

Herr Bovekamp stellt seinen Antrag zum Thema „Öffentliches Wasserspenderprojekt im Innenstadtbereich“ vor. Nach Rücksprache mit der Wasserversorgung Beckum und der Kirche sei der Brunnen auf dem Markplatz für dieses Vorhaben geeignet.

Herr Westerwalbesloh stimmt der Wichtigkeit des Themas zu und hält es für wichtig, dass die richtige Vorgehensweise mit allen Vor- und Nachteil genau geprüft werden müssen.

Herr Leson teilt mit, dass man zu diesem Thema auf Fördermittel hoffe und somit einer vorzeitigen und evtl. förderschädlichen Investition kritisch gegenüber stehe. Wichtig sei, dass man den Standort und die Voraussetzung prüfen müsse.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, dem Antrag von Herrn Bovekamp zuzustimmen.

### 12.01.01/4040.7852001 Sanierung der Brücke OE05 an der JVA

Herr Rodriguez teilt mit, dass er den Antrag der CDU-Fraktion nicht nachvollziehen könne. Er sei nicht zielführend und widersprüchlich gegenüber der bisherigen Beschlussfassung zu diesem Thema.

Herr Leson verweist auf die Antwort der Verwaltung und teilt mit, dass die grundsätzlichen Fragen hierzu mit Herrn Haske noch zu klären seien.

Herr Drinkuth teilt mit, dass seine Fraktion der Antwort der Verwaltung folge und ihren Antrag dementsprechend ändere.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 15 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen, dem Antrag der CDU-Fraktion den Ansatz mit dem Sperrvermerk „Die Freigabe der Mittel erfolgt nach erneuter Überprüfung der möglichen Alternativen zur Schutzzielerreichung der Feuerwehr durch Beschluss des Finanzausschusses und Ausschuss für Wirtschaftsförderung.“ zuzustimmen.

#### 12.01.01/7066.7852001 Umbau Außenstellplatz für Fahrräder vor der Radstation

Herr Zurbrüggen merkt an, dass die Förderung dieser Maßnahme bislang nicht im Haushalt des Kreises Warendorf etatisiert sei.

Herr Leson teilt mit, dass die Förderung im Haushalt des Kreises Warendorf für das Haushaltsjahr 2024 vorgesehen und eingeplant sei.

Herr Drinkuth fragt an, ob die Maßnahme vorgezogen werden könne ohne dass die Förderung wegfallen würde.

Herr Leson antwortet, dass die Umsetzung in 2024 erfolgen müsse, um die Förderung zu erhalten.

Herr Rodriguez schlägt vor, die Maßnahme wie beantragt vorzuziehen und mit einem Sperrvermerk zu versehen, wonach die Freigabe der Mittel nach Förderzusage erfolge.

Die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgen dem Vorschlag von Herrn Rodriguez und ändern dahingehend ihren gemeinsamen Antrag.

#### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Maßnahme vorzuziehen und mit dem Sperrvermerk „Die Freigabe der Mittel erfolgt nach Erhalt der Förderzusage.“ zuzustimmen.

#### 12.03.01.5291001 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen, hier: Entwicklung eines innovativen ÖPNV-Konzepts

Frau Köß erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Entwicklung eines innovativen ÖPNV-Konzepts.“

Herr Drinkuth teilt mit, dass es sich um einen sinnvollen Antrag handele, aber die Diskussion hierzu im Fachausschuss erfolgen müsse.

Frau Steinberg schlägt vor, die Maßnahmen, wie bereits im Haushaltsplan 2022, mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Frau Köß folgt dem Vorschlag von Frau Steinberg und erklärt, den Antrag dahingehend zu ändern.

#### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Maßnahme mit dem

Sperrvermerk „Die Freigabe der Mittel nach Konzeptvorstellung ÖPNV und Beratung durch den Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr.“ zuzustimmen.

14.01.01.5291001 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen, hier: Umsetzung von (Teil-) Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept 2022

Frau Köß stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Umsetzung von (Teil-)Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept 2022“ vor.

Herr Jathe teilt mit, dass die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes wichtig sei. Allerdings müsse dieser nach investiven und konsumtiven Maßnahmen konkretisiert werden.

Herr Reckmann stellt klar, dass die Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, um konkrete Maßnahme umsetzen zu können.

Herr Zurbrüggen schlägt vor, dass zunächst die noch offenen Fragen geklärt werden sollen und an den entsprechenden Fachausschuss zu verweisen.

Frau Steinberg schlägt vor, dass man Teilbudgets hierzu zur Verfügung stellen könne, um die Inhalte mit Leben füllen zu können. Allerdings sei ein Ansatz in Höhe von 300.000 EUR zu hoch.

Frau Köß bittet um Mitteilung eines angemessenen Budgets.

Die Sitzung wird unterbrochen, um danach eine sinnvolle Konkretisierung zu diskutieren.

Frau Köß teilt mit, dass man die beantragte Summe von 300.000 EUR auf 100.000 EUR reduzieren möchte.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen.

01.01.01.5439001 Sonstige Geschäftsaufwendungen, hier: Weiterentwicklung des Schülerprojekts „Beweg was!“

Frau Köß erläutert den Inhalt des Antrags ihrer Fraktion zum Thema „Weiterentwicklung des Schülerprojekts „Beweg was!“.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen.

03.01.01.5318010 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche, hier: Fortführung der Nachwuchsförderung der Vereine „Vereine für Kleine“

Frau Köß stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Fortführung der Nachwuchsförderung „Vereine für Kleine“ vor.



Herr Jathe gibt zu bedenken, dass die Inanspruchnahme dieser Förderung weit unter dem erwarteten Niveau geblieben sei. So habe es Herr Jürgenschellert bereits im Schulausschuss dargestellt.

Herr Drinkuth teilt mit, dass der Hintergrund des ursprünglichen Antrags seiner Fraktion im Vorjahr vor allem die Stärkung der Vereine gewesen sei. Man müsse das Förderprogramm entsprechend der Erfahrungen aus dem Vorjahr und Notwendigkeiten anpassen.

Herr Rodriguez gibt zu bedanken, dass die Vereine signalisiert hätten, dass das Programm mit einem großen Aufwand verbunden und wenig effektiv sei. Grundsätzlich solle man die Vereine unterstützen, aber auf eine andere Art und Weise.

Herr Zurbrüggen fragt an, ob das Programm bislang überhaupt nicht angenommen worden sei.

Hierzu antwortet Herr Jathe, dass nur wenige Gutscheine tatsächlich in Anspruch genommen worden seien.

Frau Köß nimmt die Darstellung von Herrn Jathe zur Kenntnis und bittet um eine detaillierte Darstellung der tatsächlich in Anspruch genommene Gutscheine im Schulausschuss.

Herr Drinkuth schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ändern, dass 5.000 EUR mit einem entsprechenden Sperrvermerk hierzu zur Verfügung gestellt würden.

Frau Köß stimmt dem Vorschlag von Herrn Drinkuth zu und ändert den Antrag ihrer Fraktion.

## **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich mit 13 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen sowie 3 Enthaltungen, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zuzustimmen.

### *Nachrichtlicher Hinweis:*

*Im Nachgang zur Sitzung des Finanzausschusses und Ausschusses für Wirtschaftsförderung wurde festgestellt, dass im Haushaltsplanentwurf 2023 bereits aufgrund des Ratsbeschlusses vom 20.12.2021 für die Haushaltsjahre 2023 bis 2026 für das Förderprogramm „Vereine für Kleine“ ein jährlicher Ansatz in Höhe von 15.000 EUR eingeplant wurde. Frau Köß als Fraktionsvorsitzende des Bündnis 90/Die Grünen hat nach Rücksprache den ursprünglich gestellten Antrag zurückgezogen. Somit stehen für dieses Förderprogramm unter der Planungsstelle **03.01.01.5318010** jährlich **15.000 EUR** zur Verfügung. Die Fraktionsvorsitzenden wurden per E-Mail vom 08.12.2022 von Herrn Jürgenschellert über dieses Verfahren informiert.*

## **6. Maßnahmenfreigaben**

Entfällt.

## **7. Verschiedenes**

### **7.1. Mitteilungen der Verwaltung**

Entfällt.

### **7.2. Anfragen an die Verwaltung**

Frau Horstmann möchte von der Verwaltungsspitze wissen, wie es sein kann, dass beim „Winterleuchten“ auf dem Markplatz eine ganze Bevölkerungsgruppe ausgegrenzt worden sei. Aufgrund der verteilten Holzhackschnitzel sei eine Teilnahme für Rollstuhlfahrer\*innen und Rollatornutzer nicht möglich gewesen. Auf eine entsprechende Anfrage ihrerseits habe sie die Antwort bekommen, sie solle doch „außen herum gehen“.

Herr Jathe erklärt hierzu, dass selbstverständlich niemand zu keinem Zeitpunkt ausgeschlossen werden sollte. Er bat ausdrücklich um Entschuldigung. Der Hinweis sei bereits bei den Verantwortlichen angekommen und werde im Rahmen der Optimierung der Veranstaltung mitberücksichtigt.

### **Beschluss**

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung nimmt Kenntnis.

gez. Christoffer Siebert  
Ausschussvorsitzender

gez. Simone Ikemann  
Schriftführerin